

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz nimmt diesjährig zum ersten Mal an der Kommunalwahl in Dortmund teil. Trotz des Status als eingesessene Partei, sind wir bisher unter dem Radar der breiten Bevölkerung geblieben. Dies wollen wir schlussendlich ändern und uns nun auch auf kommunaler Ebene präsentieren, da wir überzeugt sind, auch jenen Menschen vor Ort im alltäglichen Leben eine Stimme verleihen zu können, die bisher stimmlos geblieben sind oder sich bisher von den etablierten Parteien nicht repräsentiert gefühlt haben. Besonders im Hinblick auf das wachsende Bewusstsein der Gesellschaft für progressives Denken und Politik für unsere Kinder und nicht auf deren Kosten!

Dies möchten wir in allen Lebensbereichen bewerkstelligen und nicht nur im Bereich des Tierschutzes, was unser Parteiname, unter dem wir landläufig bekannt sind, vermuten lassen könnte. Dieses Vorhaben wollen wir unseren Mitbürger*innen in Dortmund mit unserem Wahlprogramm für Dortmund verdeutlichen.

Denn mehr denn je ist eine politische Ausrichtung gefragt, die weitsichtig, ganzheitlich, selbstkritisch und reflektiert agiert. Eine politische Agenda, die sich nicht nur für die nächste Wahlperiode interessiert.

Aus besagten Gründen werden wir unseren Fokus auf folgende Punkte in Dortmund legen, da diese unserer Meinung nach die Punkte sind, die am wenigsten Beachtung von den großen Parteien erhalten.

- Den Menschen auf der Straße ein würdiges Leben ermöglichen
- Ein Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe, der Suchthilfe, der Obdachlosenhilfe und der Gesundheitsvorsorge
- Ausbau von Frauen- und Männerhäuser und Zufluchtsorten
- Ein barrierefreies Dortmund
- Grünes Wirtschaftswachstum, nachhaltige Projekte und Start-Ups fördern
- Neue soziale Modelle in das Stadtleben integrieren, wie z.B.:
 - Bedingungsloses Grundeinkommen
 - Housing-First in der Obdachlosenhilfe
 - Helfen statt Verurteilen, Drogenkonsumräume und Drogenabgabestellen
- Sozialverträgliche Stadtentwicklung und bezahlbare Wohnräume
- Stärkere Partizipation der Dortmunder Jugend in der Realpolitik
- Ein europäisches Dortmund, gegen Diskriminierung jeglicher Art
- Strukturelle Diskriminierung bekämpfen, ein Zeichen gegen Rechts setzen!
- Gesichertes Verbot jeglicher Gesichtserkennung und Big Data Echtzeitüberwachung der Menschen innerhalb Dortmunds durch die Polizei
- Sofortiger Stopp jeglicher Subventionen an den Dortmunder Flughafen
- Mehr Grünflächen, mehr Biodiversität, mehr Lebensqualität
- Reform der Hundesteuer
- Bestellung eines Tierschutzbeauftragten
- Gegen systematische Tierquälerei in Dortmund vorgehen
- Den Verbrauch von tierischen Produkten sukzessiv zu verringern

1. **Mensch**

1.1. **Soziales**

- 1.1.1. Ehrenamt stärken und attraktiver gestalten
- 1.1.2. Modellprojekt „Bedingungsloses Grundeinkommen“
- 1.1.3. Modellprojekt Housing-First
- 1.1.4. Modellprojekt Drogenabgabestellen
- 1.1.5. Ausbau der Drogenkonsumräume
- 1.1.6. Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe
- 1.1.7. Ausbau der Erwachsenenhilfe
- 1.1.8. Ausbau der Suchthilfe
- 1.1.9. Ausbau der Obdachlosenhilfe
- 1.1.10. Ausbau der Hilfe für LGBTQIA+ Personen
- 1.1.11. Stärkung von pflegenden Angehörigen
- 1.1.12. Wohnen in der Stadt Dortmund
- 1.1.13. Möglichkeiten einer städtischen Mietpreisbremse prüfen
- 1.1.14. Maroden Schallschutz ausbauen
- 1.1.15. Barrierefreies Dortmund
- 1.1.16. Inklusion statt Segregation
- 1.1.17. Förderung von Projekten gegen Diskriminierung jeglicher Art
- 1.1.18. Ein Dortmund pro Europa, gegen Rechts und gegen Kulturrelativismus
- 1.1.19. Gegen eine Vergessenskultur und für eine aufarbeitende Erinnerungskultur der NS Zeit und aus der weiter bestehenden Verantwortung, eine klare Position gegen israelbezogenen Antisemitismus
- 1.1.20. Einbringung der Forderung im deutschen Städtetag, LGBTQIA+ Personen hier in Deutschland Asyl zu gewähren, aufgrund von starker Diskriminierung und politischer Verfolgung in vielen Ländern dieser Welt

1.2. **Wirtschaft**

- 1.2.1. Sozialer Wirtschaftswachstum
- 1.2.2. Einführung der Gemeinwohl-Ökonomie
- 1.2.3. Modellprojekt "Even Wage Start-Up"
- 1.2.4. Dortmund als attraktiver Start-Up-Standort für Nachhaltigkeit

1.3. **Sicherheit**

- 1.3.1. Sichere Schulwege
- 1.3.2. Studie über Racial Profiling in der Dortmunder Polizei
- 1.3.3. Trockenlegens des Schwarzmarktes durch Regulierung
- 1.3.4. Härteres Vorgehen gegen Raser

1.4. **Politische Teilhabe**

- 1.4.1. Mitspracherecht der Jugend in der Kommunalpolitik stärken
- 1.4.2. Bürgerdialoge und Ethikrat gründen

1.5. **Gesundheit**

- 1.5.1. Erweiterte Kennzeichnungspflicht für Allergene in der Gastronomie
- 1.5.2. Prüfung der Möglichkeit des Drug-Checking in der Partyszene
- 1.5.3. Verpflichtende berufliche Suchtberater in Firmen und fest installierte Suchtberatung in Schulen

1.6. **Kommunale Bildungspolitik**

- 1.6.1. Städtische Kooperation mit der lokalen Schullandschaft für die Themen Nachhaltigkeit, Solidarität, Demokratie und europäische Wertvorstellungen
- 1.6.2. Einführung von Schulgärten, in denen die Schüler*innen sich einbringen können

2. **Umwelt**

- 2.1. Rückbau des Dortmunder Flughafens
- 2.2. ÖPNV ausbauen, höhere Taktung, mehr Linien
 - 2.2.1. H-Bahn ausbauen
- 2.3. Kostenloser ÖPNV stufenweise einführen
- 2.4. Ausbau der Radwege, Dortmund als Fahrradstadt
- 2.5. Lichtverschmutzung in Dortmund reduzieren
- 2.6. Begrünung
- 2.7. Flächenversiegelung langfristig stoppen und umkehren
- 2.8. Verpachtung von Äcker nur an Bio-Landwirte
- 2.9. Nachhaltige und regionale Ernährung in öffentlichen Einrichtungen
- 2.10. Emissionswertangaben in der lokalen Gastronomie
- 2.11. Kennzeichnungspflicht über den Ursprung der Zutaten in der Gastronomie
- 2.12. Verbot vom systematischen Wegwerfen von Lebensmitteln
- 2.13. Glyphosatfreie Stadt
- 2.14. Härteres Bestrafen von Umweltsündern

3. **Tierschutz**

- 3.1. Reform der Hundesteuer
- 3.2. Städtisches Dortmunder Tierheim stärken
- 3.3. Stadttaubenpflege städtisch unterstützen
- 3.4. Wildtierverbot in Zirkusbetrieben
- 3.5. Faktenbasierte Aufklärung über Tierhaltung
- 3.6. Bestellung eines Tierschutzbeauftragten
- 3.7. Notfallhilfe für Tiere
- 3.8. Härteres Vorgehen gegen Tierquälerei

1. **Mensch**

Als Partei Mensch Umwelt Tierschutz sehen wir den Menschen nicht als separate Variable, die eigenständig von der Natur losgelöst agiert. Wir sehen uns Menschen als Teil der Natur, weder über der Natur noch unter der Natur. Wir lehnen damit jeglichen Pessimismus ab und zugleich jeglichen technokratischen Optimismus ab. Es wird keine rettende Technik kommen, durch die die schon entstandenen Schäden problemlos rückgängig gemacht werden können. Nur durch ein ganzheitliches Umdenken in der Gesellschaft wird ein harmonischer Umgang des Menschen miteinander und mit der Natur möglich werden. Dies erfordert keine harten Einschnitte in unserem realen Lebensstandard. Trotzdem prangern wir das Fortbestehen einer Wegwerfgesellschaft an und fordern und fördern eine Gesellschaft, die mehr respektiert, statt konsumiert. (Sowohl Güter, als auch mehr Respekt untereinander.) Wir lehnen das kapitalistische Weltbild des Menschen als austauschbare Ware ab. Deshalb setzen wir uns ganz klar und deutlich für soziale Gerechtigkeit ein, lehnen und kämpfen gegen jede Form des diskriminierenden Denkens. Wir fordern eine Gesellschaft, die sich selbstkritisch mit sich und seiner Vergangenheit auseinandersetzt, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist und die entschlossen zusammen gegen jegliche Strömung, die die unantastbare Würde des Menschen beschneidet, kämpft.

1.1. **Soziales**

Uns ist bewusst, dass wir hier in Dortmund nicht die großen sozialen Probleme an den vielen Orten dieser Welt lösen können. Doch sind wir fest davon überzeugt, dass wir einen positiven Einfluss nehmen können, sowohl lokal, als auch global. Nach dem Motto "Denke Global, handle lokal" wollen wir durch Aktionstage, Aufklärungskampagnen, usw. unseren Mitbürgern die Möglichkeiten für ein langfristig nachhaltiges Handeln bewusstmachen.

Doch sehen wir auch die realen Konflikte hier in Dortmund, mit denen sich unsere Mitbürger tagtäglich konfrontiert fühlen. Deswegen setzen wir hier unseren Schwerpunkt ganz klar auf die Förderung der Bedürftigen, sozial angehängten, unschuldig ausgegrenzten Randgruppen, Minderheiten und Menschen der Gesellschaft, denen kaum Beachtung geschenkt wird.

1.1.1. Ehrenamt stärken und attraktiver gestalten

Wir wollen den Wert des Ehrenamtes für die Gesellschaft bewusster machen. Dafür ist ein anderer Umgang mit ehrenamtlichen Tätigkeiten Voraussetzung, es bedarf höherer Wertschätzung und mehr Anerkennung für das Ehrenamt. Die 2019 eingeführte Ehrenamtskarte ist unserer Meinung nach nur der erste Schritt zu einer Gesellschaft, die die in diesem Bereich arbeitenden Menschen gebührend achtet. Städtische Aktionstage in Kooperation mit ehrenamtlichen Trägern können den Bürgern Dortmunds die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeiten bewusster werden lassen, welches die Wertschätzung und die

Anerkennung sowohl im beruflichen als auch im sozial-gesellschaftlichen Bereich steigern kann. Niemand in unserer Gesellschaft soll ehrenamtliche Tätigkeiten als vergeudete Zeit sehen, sondern als notwendige Stütze des öffentlichen Lebens.

Wir fordern, dass sich die Stadt Dortmund dafür einsetzt, dass die Anforderungen der Ehrenamtskarte und ihre bürokratischen Hürden verringert werden. Ein erster Schritt wäre, dass die notwendige wöchentliche Arbeitszeit von fünf Stunden auf vier Stunden gesenkt wird, wie es z.B. in Halle an der Saale der Fall ist. Langfristig sollten die Vereinsträger, bei denen die ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt wird, weitgehend über die Erfüllung der Kriterien ein Mitspracherecht erhalten.

1.1.2. Modellprojekt Bedingungsloses Grundeinkommen

Wir fordern ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Dortmund. Aufgrund der hohen Arbeitslosenquote und der sozialen Ungerechtigkeit, die sich in Dortmund Jahr für Jahr verschärft, sollte der Fokus dieser Studie ganz klar auf der Lebensqualität der teilnehmenden Personen liegen. Die berufliche Wiedereingliederung sollte sekundär sein, es gilt den Menschen ein würdiges Leben ohne komplizierte Gänge zum Amt zu ermöglichen. Ein Leben, das eine wirkliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und einen reibungslosen beruflichen Wiedereinstieg gestalten kann.

1.1.3. Modellprojekt Housing-First

Housing-First steht für ein Konzept, in dem den Obdachlosen bedingungslos eine Wohnung gestellt wird, ohne Voraussetzungen, wie in bisherigen Hilfesystemen.

Wir fordern eine neue städtische Denkweise im Umgang mit den Menschen, die auf der Straße leben. Die alte und menschenverachtende Denkweise "nicht hier gemeldet, nicht unser Problem", lehnen wir vehement ab. Es gilt, neue Konzepte, die anderswo schon beachtliche Erfolge vorzulegen haben, in das Stadtleben zu integrieren. Wir fordern eine enge Zusammenarbeit mit schon bestehenden Strukturen, die neue Wege gehen, wie z.B. der Paritätische Wohlfahrtsverband¹. Wir fordern ein städtisches Konzept für Housing-First in Dortmund. Begleitend durch ein wissenschaftliches Komitee, das den Verlauf beobachtet und kritisch prüft, welche Stellschrauben verändert werden müssen, um den Menschen besser zu helfen.

¹ <https://dortmund.paritaet-nrw.org/neuigkeiten/detail/news/565/>

1.1.4. Modellprojekt Drogenabgabestellen

Wir fordern einen neuen Umgang mit dem Konsum von Drogen innerhalb Dortmunds. Uns ist bewusst, dass Dortmund als Stadt sich nicht über das Bundesgesetz stellen kann und darf. Aber Dortmund kann federführend sein im Umgang mit dem realen Drogenkonsum innerhalb der Stadt, indem es Studien und Modellprojekte umsetzt. Wir fordern Modellprojekte, die auf wissenschaftlichen Fakten basieren, losgelöst von alten Dogmen, die aus dem rassistisch motivierten "War on Drugs"² resultieren.

Wir wollen neue Konzepte erstellen für regulierte und wissenschaftlich begleitete Studien zwecks Abgabe von Drogen an Erwachsene. Wir beziehen uns nicht nur auf Cannabis, welches in der Gesellschaft noch am ehesten akzeptiert ist, sondern auch auf alle üblichen illegalen Drogen, die den Schwarzmarkt quasi legitimieren, ihn damit erst ermöglichen und damit viel sekundäres Leid nach sich ziehen (fehlende Qualitätskontrollen, keine fachgerechte Beratung, Konsumenten "anfixen"). Denn so gut wie jedes Argument dafür, weshalb Cannabis reguliert an Erwachsene abgegeben werden sollte, lässt sich auch auf fast jede andere illegale Droge übertragen. Natürlich sind uns die Unterschiede bewusst³, vor allem auf den Bezug des Suchtpotenziales⁴. Doch ist es nicht zu verleugnen, dass die Konsumenten durch die Strukturen des Schwarzmarktes viel Leid erfahren.

Und positive Erfahrungen, wie z.B. aus der Schweiz mit der staatlichen Heroinabgabe⁵ oder der Entkriminalisierung der Drogen in Portugal, zeigen einen Umgang mit Drogen, der die Würde des Menschen achtet und schützt.

Deshalb fordern wir Modellprojekte, die einen neuen Weg aufzeigen und die positive Erfahrungen bündeln, damit mehr Druck auf Bundesebene ausgeübt werden kann, um endlich diesen rassistisch motivierten "War on Drugs" zu beenden. Denn der Drogenkonsum ist hier und real, ein Verleugnen, ein Verharmlosen der Situation, ein Diffamieren der Konsumenten, ein nur aus Repressalien bestehender Umgang mit der Situation lehnen wir vehement ab. Für die bestehende Situation sind dringend neue Wege notwendig. Und langfristig ist, unserer Meinung nach, die beste Prävention gegen schädlichen Drogenkonsum: soziale Gerechtigkeit, faktenbasierte Aufklärung, eine Gesellschaft frei von jeglicher Form von Diskriminierung!

² <https://cannabis-social-club.hamburg/cannabis-rassismus-und-polizei/>

³ <https://hanfverband.de/nachrichten/news/neue-studie-zur-gefaehrlichkeit-von-drogen-erschienen>

⁴ <https://alternative-drogenpolitik.de/2015/08/24/studien-zum-risiko-einer-abhaengigkeit-bei-einzelnen-drogen-im-vergleich/>

⁵ <https://www.srf.ch/news/schweiz/die-kontrollierte-heroinabgabe-eine-erfolgsgeschichte>

Bis dahin wird es möglicherweise noch ein langer Weg sein, weshalb wir einen massiven Ausbau der städtischen Suchtberatung und Hilfeleistungen fordern.

1.1.5. Ausbau der Drogenkonsumräume

Wir kritisieren, dass es für ganz Dortmund nur einen Drogenkonsumraum gibt. Wir fordern mindestens einen Drogenkonsumraum in jedem Dortmunder Bezirk, um auch nur ansatzweise der realen Lage gerecht zu werden.

Wir fordern Kampagnen gegen die Stigmatisierung von Drogenkonsumenten und eine faktenbasierte Aufklärung von Drogen und ihren Konsumenten, um das diskriminierende Bild des "Junkies" aus den Köpfen der Menschen zu verbannen.

1.1.6. Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe

Wir sehen einen steigenden Bedarf an Hilfeleistungen aller Altersschichten. Wir fordern ein ganzheitliches Konzept, welches keinen Personenkreis außen vor lässt und niemanden diskriminiert.

im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fordern wir:

- Aufstockung des Personals des Jugendamtes und weitere Hilfsstellen
- Mehr Revision und Transparenz innerhalb der Strukturen der Jugendämter sowie eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Jugendamt und polizeilichen Stellen
- Ausbau der städtischen Kinder- und Jugendpsychiatrien bzw. -kliniken und Hilfsangebote für Kinder- und Jugendliche, die einer Betreuung bedürfen

1.1.7. Ausbau der Erwachsenenhilfe

Die Erwachsenenhilfe ist leider immer noch in vielen gesellschaftlichen Kreisen stigmatisiert. Bemerkungen von "Stell dich nicht so an" bis hin zu "Reiß dich mal zusammen", sind auch heute keine Seltenheit, wenn sich erwachsene Menschen in schwierigen Phasen oder Notlagen befinden. Gerade häusliche Gewalt wird oftmals runtergespielt oder dringt erst gar nicht ans Tageslicht.

Deshalb wollen wir:

- Ausbau der Frauenhäuser
- Etablierung von Männerhäusern in Dortmund, Kooperation mit Projekt Freiraum, wie bei bestehenden Männerhäusern in Köln und Düsseldorf
- Etablierung von Zufluchtsorten von Nicht-CIS-Personen*
- Ausbau der städtischen Hilfsstrukturen, allen voran dem sozialpsychiatrischen Dienst
- Konzept zur Bekämpfung der Folgen der Einsamkeit in Zeiten des Lockdowns und Konzeption von Strategien für zukünftig ähnliche Fälle

*Nicht-CIS = Die Diskriminierung von Personen, die nicht cis sind, nennt sich Cissexismus. Cissexismus trifft nicht nur Trans*Personen, sondern kann auch Menschen treffen, die in irgendeiner Form nicht dem normativen Bild einer Frau oder eines Mannes entsprechen.*

1.1.8. Ausbau der Suchthilfe

Neben unserer Forderung nach einem neuen Umgang mit Drogenkonsum fordern wir weiterhin, mit Wissen auf die Problematiken oder die Umstände, die oftmals zu einem problematischen Drogenkonsum führen, einen massiven Ausbau der Hilfsangebote sowie Stärkung der Träger und Vereine vor Ort.

1.1.9. Ausbau der Obdachlosenhilfe

- Einführung des Housing-First Konzeptes
- Sensibilisierung des Personals und Helfer für obdachlose LGBTQIA+
- Eingliederung der bestehenden Hilfestrukturen in städtische Geldtöpfe

1.1.10. Ausbau der Hilfe für LGBTQIA+ Personen

Personen aus dem LGBTQIA+ Kreisen erfahren leider heute immer noch Diskriminierung und Hass im Alltag. Wir stellen uns gegen jegliche Form der Diskriminierung und des Hasses. Deswegen wollen wir ein Dortmund, in dem niemand wegen seines Geschlechtes oder seiner Sexualität diskriminiert wird.

Deshalb wollen wir:

- Städtische Aktionstage gegen Diskriminierung von LGBTQIA+ Personen
- Verstärkte Aufklärung an Schulen und Bildungseinrichtungen
- Eine Stadt, die sich klar zu ihrer vielfältigen Bevölkerung bekennt
- Ein geschlossenes Auftreten gegenüber jeder Form von Diskriminierung
- Gegen die Relativierung von diskriminierenden Denken eintreten

1.1.11. Stärkung von pflegenden Angehörigen

Dreiviertel aller Pflegefälle werden von Angehörigen gepflegt⁶, ohne die unser kaputt gespartes Pflegesystem zusammenbrechen würde. Wir wollen auf diesen Umstand aufmerksam machen und ein Bewusstsein dafür in dieser Gesellschaft schaffen. Ferner wollen wir pflegenden Angehörigen bessere und weitreichende Stützen anbieten, mit denen Sie ihren Alltag gestalten können.

Deshalb fordern wir:

- Personalausbau des Sozialamtes Dortmunds

⁶<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/105702/Pflege-findet-weiterhin-vor-allem-durch-Angehoeerige-statt>

- Verbesserung der Hilfsangebote für pflegende Angehörige z.B. Selbsthilfegruppen, kostenlose Seminare und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Pflege und Versorgung von Pflegebedürftigen

1.1.12. Wohnen in der Stadt Dortmund

In Dortmund zu wohnen ist schön und lohnenswert! Um dies zu erhalten und auszubauen sehen wir dennoch viele Stellschrauben, bei denen wir fordern, dass sie nicht links liegen gelassen werden!

Wir schließen uns unter anderem der Forderungen⁷ des Netzwerkes "Arm in Arm" für einen sozialen Wohnungsmarkt hier in Dortmund an.

Zudem wollen wir den Erhalt der städtischen Schwimmbäder bzw. Einrichtungen, mehr öffentliche Spielplätze und die Renovierung bestehender.

Den Ausbau von Grünflächen, mehr Grünstreifen im Straßenverkehr, mehr Hundewiesen, eine stärkere Begrünung der Stadt Dortmund. Brachliegende versiegelte Flächen sollen renaturiert und dem Gemeinwohl zugeführt werden.

Die städtischen Tochtergesellschaften sollen weniger auf Profit ausgerichtet sein, als darauf, ihr Interesse auf die Steigerung der Lebensqualität aller Dortmunder*innen zu richten. Zudem wollen wir, dass die Mitarbeiter*innen der städtischen Tochtergesellschaften tariflich bezahlt werden.

1.1.13. Möglichkeiten einer städtischen Mietpreisbremse prüfen

Noch hat Dortmund vergleichsweise bezahlbare Mieten, doch ist auch dieser Umstand stark gefährdet. Deshalb fordern wir die Prüfung und die Einführung einer städtischen Mietpreisbremse. Dortmund muss endlich bei der Umsetzung einer Mietpreisbremse nachziehen!

1.1.14. Maroden Schallschutz ausbauen

Maroder Schallschutz gleicht schon einem Euphemismus, viel eher sollte man vielerorts von einem nicht vorhandenen Schallschutz sprechen. Wir fordern eine komplette Überarbeitung des Lärmschutzes in ganz Dortmund! Es ist schon fast beschämend, welchem Lärm manche Mitbürger ausgesetzt sind, vergleicht man dazu andere Länder und Städte.

Wir fordern:

- Ein neues städtisches Konzept für Lärmreduzierung (u.a. Kreisverkehr statt Ampelflut)

⁷https://www.mieterverein-dortmund.de/uploads/media/2020_arm_inArm_DO__Forderungen_Kommunalwahl_Langfassung.pdf

- Moderner Schallschutz an den Bahngleisen, niedrige Schallschutzwände direkt an Gleisen
- Verschärfung der Schallschutzrichtlinien bei Neubauten und Renovierungen

1.1.15. Barrierefreies Dortmund

Wir sehen Dortmund als starken Partner des bundesweiten Gesundheitswesens, allen voran mit den Fachschaften der Kliniken, die seltene Krankheiten und seltene Operationen durchführen. Leider spiegelt die Stadt bisher nicht das Bild einer barrierefreien Gesellschaft wieder, welche wir fordern. Deshalb fordern wir ein Dortmund, das sich ganz klar für Barrierefreiheit positioniert und gegen Diskriminierungen gegenüber körperlich und geistig beeinträchtigten Personen. Viel zu oft sind Bürgersteige nur halbherzig zu den Straßen abgeflacht, ein Umstand, der bei Personen im Rollstuhl oder mit anderen Gehschwierigkeiten immer wieder zu Problemen führt. Nicht funktionierende Rolltreppen und Aufzüge an Stadtbahnhaltestellen führen immer wieder zu unnötigen Problemen für Personen, die auf eben jene angewiesen sind.

Wir fordern:

- Eine flächendeckende stufenfreie Abflachung der Bürgersteige zur Straßenseite hin
- Ein Ratsbeschluss und dessen Umsetzung, der die Funktion von Rolltreppen und besonders von Aufzügen garantiert!
- Alle ÖPNV-Haltestellen bis 2024 barrierefrei gestalten
- Busse für Rollstuhlfahrer zugänglicher machen
- Härteres Vorgehen gegen PKW-Fahrer, die die abgeflachten Stellen der Bürgersteige blockieren
- Neubauten verpflichtend barrierefrei gestalten, gerade im Hinblick auf unsere alternde Gesellschaft

1.1.16. Inklusion statt Segregation - Teilhabe statt Trennung

Wir sehen Inklusion als wichtigen Schritt hin zu einer Gesellschaft frei von Diskriminierung, doch haben sich die bisherigen Bemühungen der Stadt als zu gering herausgestellt. Bisher wird das Thema Inklusion kaum von der aktuellen Stadtregierung beachtet. Deshalb fordern wir:

- Eine Aufwertung der Integrationshelfer*innen durch eine verpflichtende Ausbildungsmaßnahme, die das nötige pädagogische Grundwissen vermittelt
- Städtische Kooperationstage mit Trägern von Einrichtungen, die Menschen mit Beeinträchtigungen mit den örtlichen Bildungs- und Schuleinrichtungen versorgen

1.1.17. Förderung von Projekten gegen Diskriminierung jeglicher Art

Wir wollen ein Dortmund frei von jeglicher Diskriminierung und sehen die Stadt selbst in der Verantwortung, darauf hinzuarbeiten. Deshalb ist die Förderung von Projekten gegen Diskriminierung und Projekte in Eigeninitiative eine unserer zentralen Forderungen. In Dortmund soll niemand wegen seiner Nationalität, seines Geschlechts, Gender, Sexualität, Glauben, Hautfarbe oder Aussehen diskriminiert werden. Wir fordern eine klare und deutliche Positionierung in Dortmund gegen Diskriminierung jeglicher Art!

1.1.18. Ein Dortmund pro Europa, gegen Rechts und gegen Kulturrelativismus und Extremismus aller Art

Wir sehen Dortmund als eine Stadt Europas, die sich für die europäischen Grundwerte einsetzt. Welche die Vorzüge eines europäischen Miteinander schätzt, achtet und bewahrt. Sie nicht als Selbstverständlich sieht, sondern tagtäglich für diese Werte eintritt und für sie streitet. Wir lehnen vehement jegliches rechtes Gedankengut ab und treten für eine offen pluralistische Gesellschaft ein, in der die unveräußerlichen Menschenrechte für jeden gelten, unabhängig bestimmter Merkmale. Und deshalb lehnen wir umso mehr jegliches Verhalten und Denken ab, welches darauf abzielt, zu diskriminieren, zu schädigen, zu verunglimpfen und zu relativieren, wo es nichts zu relativieren gibt! Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die jegliches diskriminierendes Verhalten ablegt, die keine Diskriminierung irgendeiner Art duldet, die entschlossen gegen Rechts zusammenhält.

Weiterhin sind wir fest davon überzeugt, dass jede Kultur und jede Tradition keine festen Konstrukte sind, sondern eine Entwicklung der Moderne, die sagt, man müsse an Kultur und Tradition festhalten. Wir sagen: "Unfug!", wir sagen "Ja!" dazu, aus ihnen zu lernen und zu reflektieren. Doch Kulturen und Traditionen, die versuchen, diskriminierendes Verhalten unter dem Deckmantel, "man möge Werte, Kultur und Traditionen bewahren", lehnen wir vehement ab und werden nicht aufhören, für ein Umdenken zu streiten! Wir glauben, Kultur und Tradition ist auch ohne jegliche Art von Diskriminierung möglich und ohne Extremismus aller Art.

Kulturen und Traditionen waren in der Geschichte der Menschheit nie eine unveränderliche Konstante, sondern eine Vielzahl von Variablen. Wir setzen uns für eine reflektierte Gesellschaft ein. Eine Gesellschaft, die jegliches diskriminierendes Verhalten ablehnt und diesem die Stirn bietet. Mag manches Verhalten und Denken noch so sehr in kulturelle Zusammenhänge verankert sein, sobald es diskriminiert und in die Würde des Menschen einschneidet, hat es seinen Platz in unserer Gesellschaft verloren! Wir glauben, dass Werte, Kulturen

und Traditionen sich weiterentwickeln können. Wir wollen uns für diese Weiterentwicklung einsetzen und dafür streiten, denn für eine Welt frei von jeglicher Diskriminierung lohnt es sich zu streiten!

- 1.1.19. Gegen eine Vergessenskultur und eine aufarbeitende
Erinnerungskultur der NS Zeit sowie aus der weiter bestehenden
Verantwortung eine klare Position gegen israelbezogenen
Antisemitismus

Wir fordern, dass alle Strömungen, alle Versuche, die darauf abzielen, die NS Zeit herunterzuspielen, vereint und vehement entgegengetreten wird. Wir erachten es als menschenverachtend, wenn derartiges Gedankengut toleriert oder gar akzeptiert wird. Wir lehnen jegliche Verharmlosung ab und distanzieren uns gegen israelbezogenen Antisemitismus. Zudem fordern wir, dass Museen, die über die Schrecken der NS-Zeit informieren bzw. themenverwandt sind, eine unbefristete Finanzierung zugesichert wird, die einen Betrieb mit kostenlosem Zugang ermöglicht. Zudem setzen wir uns klar für einen transparenten und bestmöglichen Opferschutz ein.

- 1.1.20. Einbringung der Forderung im deutschen Städtetag,
LGBTQIA+ Personen hier in Deutschland Asyl zu gewähren,
weil sie unter starker Diskriminierung und politischer
Verfolgung in vielen Ländern dieser Welt leiden

LGBTQIA+ = "Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender, Queer, Intersexual und Asexual"

Die Lage von LGBTQIA+ Personen in vielen Teilen dieser Welt ist dramatisch, in vielen Ländern steht selbst Homosexualität noch unter Strafe.⁸ Wir erachten diesen Zustand für unzumutbar und wollen LGBTQIA+ Personen ermöglichen, hier in Deutschland bzw. Dortmund Asyl vor politischer Verfolgung und Diskriminierung zu finden, welche oftmals auch ihr Leben bedroht. Wir fordern, dass sich Dortmund im deutschen Städtetag für ein internationales Verfahren stark macht, was jenen Menschen die Möglichkeit bietet, hier Fuß zu fassen und der Verfolgung, Hetze und Bedrohung von Leib und Geist zu entkommen. Denn wir erachten es als unerträglich, dass in so vielen Ländern dieser Welt Menschen immer noch wegen ihrer Sexualität verfolgt und getötet werden! Wir sehen uns als westliche Industrienation verpflichtet, diesen Menschen zu helfen. Neben der Möglichkeit, ihnen hier Asyl zu gewähren, wollen wir bzw. unsere Bundespartei, dass sich die Bundesregierung stark macht für die Rechte von LGBTQIA+ Personen und diese auf diplomatischem Wege vertritt.

1.2. **Wirtschaft**

⁸<https://www.nzz.ch/international/in-diesen-staaten-leben-homosexuelle-immer-noch-gefaehrlich-ld.1491964>

Ohne wirtschaftliche Stellung geht es in unserer Welt nicht, deshalb sehen wir die Wirtschaft als eine Notwendigkeit. Doch glauben wir, dass diese Notwendigkeit so gestaltet werden kann, dass sie allen zum Wohle gereicht. Wir fordern deshalb in unserer Gesellschaft ein neues wirtschaftliches Denken, weg vom Bild des Menschen als austauschbare Ware, hin zum Denken, dass die Wirtschaft allen dienen kann.

1.2.1. Soziales Wirtschaftswachstum

Wir wollen, dass das Wirtschaftswachstum sozial-orientiert ist. Das Wachstum der Wirtschaft sollte sich daran bemessen, welchen positiven Einfluss es auf die sozialen Strukturen hat und nicht, wie viel Rendite es einzelnen erwirtschaftet. Deshalb wollen wir ein Dortmund, in dem sich Unternehmen ansiedeln, die sich integrativ in die Gemeinde einbringen, die nachhaltige langfristige Jobs bieten, von denen Dortmund als Gemeinde profitiert.

1.2.2. Einführung der Gemeinwohl Ökonomie

Wir wollen in Dortmund bei allen städtischen Instituten die Gemeinwohl-Ökonomie einführen. Wir sehen dies als einen Mindeststandard, den eine Gemeinde oder Stadt erfüllen sollte. Dieses betrifft auch die städtischen Tochtergesellschaften sowie alle Bildungseinrichtungen und die TU Dortmund. Ebenso wollen wir alle Dortmunder Unternehmen verpflichten, langfristig auf die Gemeinwohl-Bilanzierung zu setzen.

1.2.3. Modellprojekt "Even Wage Start-Up"

Wir fordern einen neuen gesellschaftlichen Umgang im wirtschaftlichen Denken dahin, dass der Wert eines Menschen nicht an seiner wirtschaftlichen Leistungserbringung bemessen werden sollte! Deshalb fordern und wollen wir neue Firmenstrukturen fördern, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Wir wollen ein neues Konzept einer Unternehmensstruktur etablieren. Dieses besteht aus folgenden Kernpunkten:

- Jede*r erhält den gleichen Stundenlohn, mindestens 16€
- 35 Stunden Regelarbeitszeit pro Woche, mindestens jedoch 18 Stunden
- Überschüssiger Gewinn wird gleich zu 50% an alle Mitarbeiter ausgezahlt und 50% proportional nach geleisteten Stunden
- Outsourcing an Sub-Unternehmen verboten
- Betriebsrat unabhängig der Firmengröße, jeder hat ein Stimmrecht

Wir fordern, dass in Dortmund ein Modellprojekt nach diesem Konzept durchgeführt wird. Anreize sollen durch steuerliche Vorteile für teilnehmende Firmen geschaffen werden. Eine wissenschaftliche Begleitung, die das Konzept auf Wirtschaftlichkeit, Lebensqualität der Mitarbeiter und gesellschaftliche

Akzeptanz /Befürwortung untersucht sowie für zukünftige Evaluierungen des Konzeptes, sind vorgesehen.

1.2.4. Dortmund als attraktiver Start-Up Standort für Nachhaltigkeit

Es sollte der Anreiz einer geringeren Gewerbesteuer für nachhaltige, sozial gerechte und ethische Läden wie Bioläden, bio- (vegane) Landwirtschaft, Obst- und Gemüse-Korb-Lieferungen, Second-Hand-Läden, Geschäfte für ökologische und moralisch vertretbare Kleidung, vegane Restaurants, Eine-Welt-Läden, Unverpackt-Läden, Reparatur-Läden, Tankstellen für E- und Wasserstoff-Autos,etc. geschaffen werden.

1.3. **Sicherheit**

Der Begriff "Sicherheit" wird und wurde wohl schon immer von populistischen Parteien verwendet, um niederschwellig Fremdenfeindlichkeit, Missgunst und Abgrenzung bzw. Diskriminierung zu fördern. Wir wollen dem etwas entgegensetzen.

Jeder Mensch hat ein natürliches Sicherheitsbedürfnis, doch glauben wir nicht, dass dem gerecht wird, indem wir noch mehr Polizeipräsenz, noch mehr Überwachung oder gar die automatische Gesichtserkennung einführen. Was ist Sicherheit also? Wir glauben, eine wirkliche Sicherheit ist nur zu erreichen, wenn wir entschieden und mit vollem Einsatz jeglichem diskriminierenden Denken entgegengetreten, damit Hass, Vorurteile, Sexismus, Patriarchalismus, Rassismus und Gier aus unserer Gesellschaft verschwinden. Solange wir nicht die Ursachen von all dem bekämpfen, können wir noch so viele Polizeikräfte, noch so viele Kameras einsetzen, nichts davon wird erfolgreich sein.

Deshalb wollen wir ein Sicherheitskonzept, das ursachen zentriert ist, eine Polizei, die sich um die wichtigen Sachen kümmert. Die nicht Cannabiskonsumenten verfolgt oder Menschen schikaniert, die am unteren Rand der Gesellschaft leben. Dafür muss sich aber vieles verändern, weg von der Polizei, die nur reaktiv handelt, hin zu Strukturen, die kriminelles Verhalten erst gar nicht verursachen bzw. legitimieren. Die Trockenlegung des Schwarzmarktes durch Regulierung ist nur ein Punkt davon. Ohne die Kriminalisierung und der strengen Regulierung von Drogen würde den kriminellen Strukturen der Boden unter den Füßen weggezogen, sie würden zusammenbrechen und damit kriminelle Energie eliminiert. Durch freiwerdende Arbeitsstunden bei Justiz und Polizei würde ein Synergieeffekt entstehen, der viel gezielter die Ahndung von wirklichen Straftaten ermöglicht.

Deshalb fordern wir ein ganzheitliches Umdenken in unserer Gesellschaft - weg von Symptombehandlung und hin zur Ursachenbekämpfung!

1.3.1. Sichere Schulwege

Kinder sind die schwächsten Teilnehmer im Straßenverkehr. Verletzte oder getötete Kinder gehört zum traurigen Kapitel unseres Verkehrsalltages. In NRW verunglückten im Jahr 2018 zwischen 251 und 300 Kindern pro 100.000 Einwohnern (Statistisches Bundesamt 2019). Damit liegen wir im deutschlandweiten Vergleich im Mittelfeld. Besonders viele Kinder verunglücken in den Zeiten, in denen sie sich auf dem Weg zur Schule oder zurück befinden. Um Schulwege sicherer zu machen, muss auch das Verhalten der Kinder Berücksichtigung finden, z.B. machen sie häufig Fehler beim Überschreiten der Fahrbahn.

Deshalb fordern wir:

- Das Überqueren der Fahrbahn in Schulumnähe muss hindernisfrei erfolgen können, deshalb Parkverbote vor Schulen!
- Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 20 km/h im Bereich von Schulen und Kindergärten,
- gut sichtbare Hinweisschilder, und bei schlechten Sichtverhältnissen ausgeleuchtete Überwege oder Zebrastreifen vor Schulen,
- Hilfsdienste wie Schülerlotsen anbieten.

1.3.2. Studie über Racial Profiling in der Dortmunder Polizei

Es ist beschämend, dass einzelne Politiker die Diskussion um Racial Profiling in Deutschland einfach mit "ist verboten, also gibt es nicht" abgewürgt hat. Wir sehen damit eine gezielte Aushebelung dieser wichtigen Diskussion hier in Dortmund. Deshalb wollen wir, dass Dortmund in Eigenregie eine Studie über Racial Profiling in der Dortmunder Stadtpolizei veranlasst. Dortmund soll Vorbild sein für andere Städte und die Wichtigkeit des Themas anerkennen, statt blind weiterzumachen wie bisher.

1.3.3. Trockenlegens des Schwarzmarktes durch Regulierung

Wie im o.g. Einleitungstext erwähnt, erachten wir den Schwarzmarkt als eine der größten Quellen von kriminellen Strukturen. Wir denken, dass diese Strukturen stark oder im besten Fall zusammenbrechen würden, wenn ihnen eine der größten finanziellen Einnahmequellen entzogen werden würde. Deshalb setzen wir uns stark für die Regulierung von Freizeitdrogen ein. Erst durch die Illegalisierung legitimieren wir diese kriminellen Machenschaften, was wir strikt ablehnen. Viele kriminelle Strukturen beziehen Einnahmen aus dem Drogenhandel; würde dieser wegfallen, wäre das ein harter Einschnitt für diese Organisationen, und es würde ihre Handlungsfähigkeit stark einschränken. Diese Schwächung würde die kriminelle Energie in Dortmund entschlacken und der Polizei und Justiz ermöglichen, sich darauf zu konzentrieren, wirklich Kriminelle zu verfolgen, die diesen Namen zu Recht verdient haben, und nicht die einfachen Freizeitkonsumenten, die im schlimmsten Fall suchtkrank sind und medizinische Beratung brauchen, aber kein Gerichtsurteil.

1.3.4. Härteres Vorgehen gegen Raser

Dortmund hat ein Raserproblem. Vermehrt häufen sich Fälle von überhöhter Geschwindigkeit und verkehrsgefährdende Fahrverhaltens, was auffällig oft am Wallring und da besonders an Wochenenden beobachtet wurde. Wir wollen deshalb fest installierte Radarfallen auf den viel befahrenen Straßen Dortmunds. Geschwindigkeitsüberschreitung ist kein Kavaliersdelikt! Es gefährdet das Leben der anderen Verkehrsteilnehmer und Passanten. Wir halten es für untragbar, dass es so derartig toleriert wird.

1.4. **Politische Teilhabe**

Eine Wahlbeteiligung von weniger als 50% bei der letzten Kommunalwahl hier in Dortmund halten wir für ein Armutszeugnis der bisherigen Politik. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf für die Mobilisierung der Bürger*innen, sich mit der Wahl aktiv auseinanderzusetzen um sich gehört, sich verstanden zu fühlen. Realprobleme des Alltags müssen wahrgenommen und von Politiker*innen anerkannt werden. Es müssen Konzepte erstellt und umgesetzt werden, die aktiv gegen die Politikverdrossenheit angehen. Es fehlt an Kampagnen, die auf die Wahl hinweisen, es fehlt an Motivierung zur Wahlteilnahme. Doch sind das im engeren Sinn nur Symptome einer langen Nichtbeachtung dieses Sachverhaltes. Es fehlt an Bürgerbeteiligung, es fehlt an Kommunikationsmitteln zwischen Bürger und Politiker*innen.

1.4.1. Mitspracherecht der Jugend in der Kommunalpolitik stärken

Wir wollen einen städtischen Jugendrat in Dortmund, der die Bedürfnisse und Wünsche der neuen Generation repräsentiert und diese im Stadtrat vertritt. Denn eine ganzheitliche Politik kann nur funktionieren, wenn sie im Sinne der nachfolgenden Generationen handelt. Status Quo aufrecht zu erhalten ist keine Vorgehensweise, die die Jugend von heute einfach so mehr hinnimmt. Das ist besonders bei "Fridays for Future" und deren Abspaltungen klar zu erkennen. Deshalb muss die Stadt Dortmund hier Farbe bekennen und sich den Problemen der Zukunft stellen!

1.4.2. Bürgerdialoge und Ethikrat gründen

Wir fordern, dass für die Probleme der Zukunft und der Gegenwart, allen voran Klimawandel, demografischer Wandel, Globalisierung hier in Dortmund und Umweltschutz Bürgerräte und Bürgerdialoge aus der Bürgerschaft heraus gegründet werden. Zudem wollen wir die Gründung eines unabhängigen Ethikrates hier in Dortmund, der zu sozialen Themen Stellung bezieht und die*den Oberbürgermeister*in und den Stadtrat berät.

1.5. **Gesundheit**

Die Gesundheit ist das höchste Gut eines jeden Menschen. Diesen Leitgedanken wollen wir in der Kommunalpolitik verankern. Dortmund schneidet beispielsweise immer wieder sehr schlecht ab, was die Luftqualität betrifft. Hier sehen wir als großen Handlungsbedarf. Wir müssen PKWs aus unserer Stadt bekommen, Dazu gehört, den innerstädtischen Verkehr einzudämmen, eine regionale und gesunde Ernährungsweise. Wir wollen in allen öffentlichen Einrichtungen, in der Essen ausgegeben wird, mindestens einmal täglich ein veganes Gericht.

Gesundheit ist aber nicht nur Luftqualität und Ernährung, zur Gesundheit gehört auch ein gutes Klima des Miteinanders. Deshalb wollen wir eine stärkere Schulung von städtischen Mitarbeitern*innen, damit sie empathischer auf die Bedürfnisse unserer Mitbürger*innen eingehen können.

1.5.1. Erweiterte Kennzeichnungspflicht für Allergene in der Gastronomie

Wir fordern ein Ende der halbherzigen Kennzeichnung von Allergenen. Es ist überaus beschämend für unsere Gesellschaft, dass Allergiker*innen heutzutage immer noch großen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind, wenn sie den Wunsch haben, z.B. auswärts essen zu gehen. Die momentane Kennzeichnungspflicht wird oftmals großzügig vernachlässigt, das Personal ist ahnungslos, die Listen liegen nicht sichtbar aus. Viele Allergene werden erst gar nicht erwähnt. Diese Gedankenlosigkeit führt dazu, dass sich Allergiker*innen von Teilen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen fühlen. Wir erachten dieses als Diskriminierung, was wir vehement ablehnen. Deshalb fordern wir eine Reform der Kennzeichnungspflicht.

Wir fordern:

- Alle Zutaten der Gerichte müssen angegeben werden, denn so gut wie jede Zutat kann ein Allergen enthalten!
- Die entsprechenden Listen müssen offen ausgelegt werden, je nach Restaurantgröße auch in mehrfacher Auslegung, sie müssen aktuell gehalten werden. Hier bietet sich bei größeren Restaurants die Möglichkeit, dieses digital umzusetzen, wie QR-Codes neben den Gerichten auf der Speisekarte, die auf eine entsprechende Webseite mit der Auflistung der Zutaten führt, um Papier bzw. Ressourcen zu sparen.

1.5.2. Prüfung der Möglichkeit des Drug-Checking in der Partyszene

Drug-Checking ist ein Angebot, bei dem Drogen in einem mobilen Labor vor Partyveranstaltungen auf Qualität, Reinheit und Streckmittel getestet werden

Auch wenn, Pandemie bedingt, die Partyszene auf Eis liegt, halten wir dieses Thema für wichtig. Denn es ist ein Unding, dass wir Menschen für ein Verhalten schikanieren und drangsalieren, dass niemanden außer ihnen selbst schadet. Personen, die diese Drogen konsumieren wollen, müssen Mittel und das Wissen

bereitgestellt werden, wie sie es in einem geschützten Rahmen machen können. Deshalb wollen wir, dass Drug-Checking hier in Dortmund eingeführt wird, damit Menschen vor Partyveranstaltungen die Möglichkeit haben herauszufinden, was sie konsumieren, es auf Verunreinigungen und Reinheitsgrad zu überprüfen, um eine sichere Dosierung zu wählen. Wir wollen, dass die Stadt Dortmund die pandemiebedingte Pause der Partyszene als Anlass nimmt, dieses sorgfältig zu planen. Damit die Umsetzung zum Ende der Pause abgeschlossen und einsetzbar ist.

1.5.3. Verpflichtende berufliche Suchtberater in Firmen und fest installierte Suchtberatung in Schulen

Verpflichtende Suchtberatung von stoffgebundenen und nicht -gebundenen Süchten durch Fachpersonal an allen Schulen.

Die Beratung und Hilfe sowohl von Kindern/ Jugendlichen als auch Elternteilen sollte nicht Aufgabe der Lehrer sein. Wir fordern, dass an allen Schulen eine regelmäßige und verpflichtende Suchtberatung und Aufklärung von Fachpersonal mit altersentsprechenden Inhalten stattfindet.

Bereits im Kindergarten sollte die Resilienz der Kinder gefördert und gefestigt werden. Im weiteren Entwicklungsverlauf der Kinder sollte ab der 1. Klasse eine Kombination von Resilienz-Förderung und Suchtberatung erfolgen.

Ab der weiterführenden Schule sollten Suchtberater wie Schulsozialarbeiter zum Alltag gehören und sowohl für Lehrer, Schüler als auch Eltern als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Es sollten Projektwochen/-tage und regelmäßige Aufklärung und Beratung innerhalb des Unterrichts (Biologie, Gesellschaftslehre etc.) zusammen mit anderen gesundheitsfördernden Themen und Gewaltprävention angeboten werden.

Suchtberatung am Arbeitsplatz

Wir fordern, dass in Firmen ab 1000 Mitarbeitern eine betriebliche Suchtberatung verpflichtend ist. Hier zeigt sich, dass die Früherkennung für den Arbeitnehmer unerlässlich ist, um seine Gesundheit zu erhalten.

CBD

CBD wird als Schmerzmittel eingesetzt, z.B. bei Gelenkschmerzen, findet Anwendung bei Kopfschmerzen (Migräne) und soll bei Menstruationsschmerzen eine positive Wirkung haben. Auch bei Fibromyalgie und Arthritis wurde CBD bereits wirksam eingesetzt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat wiederholt festgestellt, dass der Konsum sicher ist und nicht abhängig macht. Selbst in größeren Mengen gilt CBD als ungiftig und sicher.

1.6. **Kommunale Bildungspolitik**

Wir wollen, dass sich Dortmund in der Bildungspolitik vor Ort stark macht. Bildungspolitik ist nicht nur Ländersache, auch die Städte können Einfluss auf den Bildungserfolg der nächsten Generation nehmen. Dafür stehen den Städten Werkzeuge zur Verfügung. Sie können Ausrüstung und Ausstattung für Schulen stellen, den Schülern*innen Bildungsmöglichkeiten anbieten wie Exkursionen, Seminare, Kooperationen, Einblick in die Arbeit im Rathaus.

1.6.1. Städtische Kooperationen mit der lokalen Schullandschaft für die Themen Nachhaltigkeit, Solidarität, Demokratie und europäische Wertvorstellungen

Wir wollen, dass in Dortmund das Konzept des Service Learning⁹ eingeführt wird. Dadurch soll das kommunale Bewusstsein der Jugend bzw. der nachfolgenden Generationen gestärkt werden. Weiterhin sehen wir hier ein Mittel, die europäischen Grundwerte von Solidarität, Demokratie und Nachhaltigkeit zu vermitteln, indem die Kinder mit ihren eigenen Händen aktiv daran teilhaben, darüber diskutieren und die Ideen und Gedanken dahinter verstehen lernen.

1.6.2. Einführung von Schulgärten, in denen die Schüler*innen sich einbringen können

Wir setzen uns dafür ein, dass mindestens alle Grundschulen und Gesamtschulen, im besten Fall jede schulische Einrichtung einen Schulgarten bekommt, in dem den Schülern*innen praktische und nachhaltige Fähigkeiten vermittelt werden.

⁹ https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Service_Learning

2. **Umwelt**

Wie sieht die Welt aus, die wir unseren nachfolgenden Generationen hinterlassen? Diese Frage stellen sich immer mehr Menschen, und in vielen Menschen erwacht langsam das Bewusstsein für das, was wir verursachen. Diese Veränderung sehen wir und nehmen sie wahr, doch gilt es hier nicht nachzulassen, sich nicht vorschnell auf die Schultern zu klopfen und nicht aufzuhören zu diskutieren über unsere Zukunft. Denn Umweltpolitik ist Zukunftspolitik. Mag noch so sehr jede soziale Reform und jeder gesellschaftliche Wandel wichtig sein, so wird salopp gesagt, alles im Sande verlaufen, wenn die Welt einige Generationen später vor einer Umweltkrise unausgesprochenen Ausmaßes steht. Und trotzdem lehnen wir auch hier jeglichen zynischen Pessimismus und zugleich jeden illusionären technokratischen Optimismus ab. Umweltschutz ist nicht einfach abgetan mit einer CO₂-Prämie, mit Aktionspolitik, die an unserer Realität nichts ändern. Umweltschutz bedeutet fortgeführte Konsequenz, fortgeführte Lenkung. Doch weder Verbotspolitik noch Bevormundungspolitik werden uns hier an das Ziel führen, dass unsere Kindeskindern in einer an Leben reichen Welt leben können. Wir fordern das Stärken eines bewussten gesellschaftlichen Lebensstils. Wir fordern eine sachgerechte Aufklärung über Konsum, Industrie und Verbrauch. Wir wollen unseren Mitbürger*innen, das Wissen, die Werkzeuge und den Handlungsspielraum geben, sich für einen nachhaltigen Lebensstil zu entscheiden. Nachhaltigkeit darf keine Frage des Geldbeutels mehr sein, keine Frage äußerer Merkmale.

Wir wollen und fordern nicht weniger, als dass Nachhaltigkeit zu einem Thema wird, dass in die alltägliche Entscheidung unserer Mitbürger*innen einfließt. Wir wollen Nachhaltigkeit zu einem Denkprozess machen, der als selbstverständlich angesehen wird.

Aus diesem Grund fördern wir eine offene und transparente Diskussion, um die Nachhaltigkeit unseres Konsums, um die Nachhaltigkeit unserer Industrie und unseres Verbrauchs an Ressourcen. Wir fördern eine Kultur, die lieber um Nachhaltigkeit wetteifert, als um Gewinnmargen!

2.1. **Langfristig klimaneutrales Dortmund**

Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens halten wir für elementar. Leider gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Akteure, die sich aus ihrer Verantwortung herausnehmen wollen, als Beispiel sei hier der derzeitige amtierende US-Präsident genannt. Dies kann ein düsteres Bild unserer Zukunft hervorrufen, doch glauben wir, dass wir deshalb umso mehr für ein Einhalten des Pariser Klimaabkommens kämpfen sollten. Hier auf kommunaler Ebene muss Dortmund Ambitionen zeigen und eine klimaneutrale Stadt werden. Wir wollen nicht mit Zahlen jonglieren, die lediglich Versprechungen sind, bis wann es erreicht werden kann. Wir fordern schlicht den schnellstmöglichen Weg, mit dem es umsetzbar ist. Dafür muss sich einiges in den Strukturen, dem Miteinander ändern. So könnten Neubauten beispielsweise mit hohen oder

gänzlichen Baustoffen aus der Recyclingkette entstehen, es ein Verbot von Flächenversiegelungen geben, die massive Aufforstung von Dortmund durchgeführt werden. Der Rückbau von versiegelten Flächen, auch innerhalb der Stadt, die Renaturierung der Flüsse im Dortmunder Stadtgebiet, ein Konsumverhalten das auf Nachhaltigkeit gerichtet ist, ist ein weiterer Schritt. Vom Plastikstuhl aus Biokunststoffen über Fassadenbegrünung hin zu Neubauten aus 100% recycelten Materialien gehört alles dazu.

Selbstverständlich sollte die Stadt selbst im Sinne von Nachhaltigkeit auf eine umweltverträgliche Verwaltung achten (erneuerbare Energien verwenden, Energiesparmaßnahmen umsetzen, Ressourcenschonung anstreben).

2.1. Rückbau des Dortmunder Flughafens

Der Dortmunder Flughafen ist ein Prestigeobjekt, leider ein subventioniertes Prestigeobjekt. Wir denken, unsere Region hat mit dem Flughafen Düsseldorf einen gut ausgebauten und gut ans ÖPNV angeschlossenen Flughafen. Deshalb erachten wir den Dortmunder Flughafen als eine katastrophale Umweltverschmutzung, die vermeidbar ist. Der Ausbau zu einem Flughafen für Billig-Airlines erachten wir als einen Fehler. Deshalb wollen wir einen Rückbau des Flughafens und langfristig die Schließung. Dies sollte stufenweise geschehen, um den Mitarbeitern neue Jobperspektiven zu bieten, damit möglichst wenige oder keine Arbeitsplätze verloren gehen. Die freigewordenen Flächen sollen integrativ in das Stadtleben eingebunden werden, z.B. für Wohnviertel oder einem großen Park. Der Einsatz umweltfreundlicher Energien kann bis dahin schadensmindernd erprobt werden.

2.2. ÖPNV ausbauen, höhere Taktung, mehr Linien

Die Verkehrswende kann nur funktionieren, wenn wir einen starken ÖPNV haben. Hier zu sparen bedeutet, die Zukunft zu verbauen. Deshalb wollen wir, dass das Stadtbahnnetz in Dortmund stark ausgebaut wird. Ein durchgehender Betrieb werktags und ein akzeptables Angebot an Wochenenden, zudem eine höhere Taktung. Dazu Planung neuer Strecken, eine bessere Vernetzung mit dem Busverkehr. Alle Haltestellen müssen langfristig barrierefrei sein. Bezahlung der Mitarbeiter nach Tarif des öffentlichen Dienstes statt ihnen durch Tochtergesellschaften ihren verdienten Lohn zu verweigern.

Aufwertung von Bahnhöfen

Dortmund belegt regelmäßig vordere Plätze im Ranking der schlechtesten Bahnhöfe. Hier muss die Stadt dringend auf die Verkehrspartner wie Bahn und VRR einwirken, gerade die S-Bahnhöfe im Stadtgebiet sowohl optisch, als auch technisch und barrierefrei aufzurüsten, umso die Akzeptanz für eine Verkehrswende in der Bevölkerung weiter zu bestärken.

2.2.1. H-Bahn ausbauen

Die Dortmunder H-Bahn soll als zentrales Verkehrsmedium der TU Dortmund und des angrenzenden Technologieparks weiter ausgebaut werden. Eine Anbindung an die Stadtbahn ist hier als sinnvoll zu erachten und kann in weiteren Ausbaustufen, etwa Richtung Hauert und auch bis zum Verkehrsknotenpunkt Parkhaus Barop zu einer signifikanten Verbesserung der Verkehrsabläufe und einer Reduzierung des Busverkehrs führen.

2.3. Kostenloser ÖPNV stufenweise einführen

Langfristig wollen wir einen kostenlosen ÖPNV. Dieser Prozess sollte gestaffelt über mehrere Teilschritte erfolgen. Als erstes sollte eine Tarifvereinfachung stattfinden, die mehr Transparenz und Flexibilität ermöglicht. Dann sollte eine Tarifvereinheitlichung stattfinden in Form eines 1€-Tickets (365€ Ticket). Schlussendlich soll der ÖPNV kostenlos für alle werden.

2.4. Ausbau der Radwege, Dortmund als Fahrradstadt

„Weg vom Auto, rauf auf dem Sattel“, sollte das Motto der Stadt werden. Wir wollen in Dortmund mehr Sicherheit im Straßenverkehr für Radfahrer, eigene Fahrradstraßen, eine Separierung von Straße und Fahrradweg, Ausbau der Fahrradwege, eine Fahrradprämie, an jeder Haltestelle Fahrradboxen.

2.5. Lichtverschmutzung in Dortmund reduzieren

Dortmund hat wie fast jede größere Stadt ein Problem mit der Lichtverschmutzung. War es lange Zeit ein Nischenthema, wird heute der Thematik des Lichtes viel mehr Beachtung geschenkt, als lange Zeit üblich. Der negative Einfluss auf Mensch, Tier und Vegetation von übermäßiger nächtlicher Beleuchtung ist heute gut erforscht. Doch hat Dortmund noch kein Konzept vorgelegt, wie die Stadt diesem entgegen will. Wir fordern deshalb die Konzeption von einer schrittweisen Reduktion der Lichtverschmutzung. Mit deren Umsetzung soll eine wissenschaftliche Untersuchung stattfinden, die den Einfluss der Maßnahmen auf lokale Insektenpopulationen untersucht, um so einen wissenschaftlichen Austausch mit anderen Städten zu begünstigen.

Unter der steigenden Lichtverschmutzung leiden immer mehr Insekten – auch Bestäuber, die durch das künstliche Licht entweder ihre Orientierung verlieren oder qualvoll sterben müssen. Obwohl Bienen nicht nachtaktiv sind, bewirkt die Lichtverschmutzung eine Abnahme von 62% der Bestäubungsleistung. Deswegen ist es hier dringend anzuraten bei der Auswahl jeder Straßenlaterne und jeder Beleuchtungslösung an einem öffentlichen bzw. städtischen Gebäude diese nach den Gesichtspunkten einer möglichst geringen Lichtverschmutzung auszuwählen. Neben großen Vorteilen für die Umwelt ist mit dem gezielten

Einsatz von Beleuchtungstechnik auch eine Energie- und somit Kosteneinsparung möglich.

2.6. Begrünung

Mit Begrünung wird oftmals leider nur einseitig die Begrünung der Böden gemeint. Doch ist eine Stadt nicht flach, hier bieten sich viele Chancen für vertikale Begrünungen, die die Luftqualität der Stadt positiv begünstigen können. Wir wollen eine Ergänzung der Bauordnung der Stadt, die die Begrünung von Fassaden, Flachdächern und Haltestellen vorschreibt. Dies müsse gegebenenfalls mit finanziellen Anreizen unterstützt bzw. subventioniert werden.

Begrünung von städtischen Gebäudeflächen

Als Teil einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Stadtentwicklung sind begrünte Gebäude aus der modernen Stadtplanung nicht mehr wegzudenken. Eine Großstadt wie Dortmund steht vor der Herausforderung, neben den CO₂-senkenden Klimaschutzmaßnahmen auch Maßnahmen zur Anpassung an die unvermeidlichen Auswirkungen des Klimawandels zu ergreifen. Begrünte Dächer und Fassaden wirken wie „natürliche Klimaanlage“ und Luftverbesserer. Gründächer bieten bei der sogenannten „intensiven Begrünung“ die zusätzliche Möglichkeit, weitere Nutzflächen auf den Dächern zu schaffen (um zu Gärtnern, für Freizeit und Erholung) und das ohne zusätzliche Grundstückskosten.

In Dortmund gibt es unzählige Schulen und öffentliche Gebäude, die sich hierfür eignen würden. Das Thema der Begrünung könnte im Rahmen von schon geplanten Sanierungs- und Umbaumaßnahmen angegangen werden, umso Aufwand und Kosten gering zu halten. Des Weiteren sollen im Rahmen dieser Arbeiten grundsätzlich Nisthilfen für Insekten und Wildbienen montiert werden und private Gartenbesitzer stärker über die Auswahl von geeigneten Nisthilfen aufgeklärt werden, da in Baumärkten verkaufte Lösungen häufig für einheimische Insekten ungeeignet sind.

Blühstreifen in städtischen Grünanlagen

Bienen spielen eine entscheidende Rolle in unseren Ökosystemen, denn 80 % der heimischen Kultur- und Wildpflanzen sind abhängig von Bestäubung durch Bienen. Während Honigbienen eine recht große Lobby haben, stehen rund 300 von 560 heimischen Wildbienenarten auf der Roten Liste. Aber auch die Masse an Wildbienen sinkt stark. Wildbienen sind meist alleinlebend und haben sehr spezifische Ansprüche an ihren Lebensraum; also an Nistplatz, Baumaterial und Nahrungspflanzen. Der Wegfall von Lebensraum durch Flächenversiegelung ist dabei ein einflussreicher Faktor. Monokulturen und ausgeräumte Landschaften lassen viele Arten keine Nahrung mehr finden. Aus diesem Grund sollte die Stadt auf allen Grünflächen und aktuell nicht genutzten Brachflächen Blühstreifen anlegen. Da Wildbienen keine großen Strecken zurücklegen können, müssen blühende Bänder durch die Stadt verlaufen. Wichtig hierbei ist die Auswahl nicht nach menschlich-optischen Gesichtspunkten, sondern ausschließlich nach dem

Wert für die Bienen, wobei ausschließlich einheimische, regionale Pflanzen in großer Vielfalt zum Einsatz kommen sollen.

Verbot von Steingärten bei Neubauten / Prämie für Bestandsgärten

In vielen Vorgärten erlebt man inzwischen Steinwüsten, welche von vielen Eigenheimbesitzern als vermeintlich pflegeleichte und unkrautfreie Alternative angelegt werden.

Gerade Vorgärten und kleine Grünflächen haben eine große Bedeutung für die Artenvielfalt und das Klima in der Stadt. Sie bilden ökologische Nischen für Pflanzenarten, Insekten und Vögel, die auf der Suche nach Nahrung und Nistplätzen unterwegs sind und liefern saubere, frische Luft. Schotter- und Steingärten heizen sich dagegen stärker auf, speichern Wärme und strahlen sie wieder ab. Für das Stadtklima wird die Zunahme dieser Gartenart zum Problem, vor allem, wenn zusätzlich notwendige Kaltluftschneisen durch neue Bebauungen wegfallen. Aus diesem Grund soll diese Art der Gartengestaltung bei Neubauten grundsätzlich verboten werden.

Besitzer von bereits vorhanden Steingärten sollen durch ein Schreiben auf die Nachteile dieser Gartengestaltung aufgeklärt werden und eine Prämie für eine naturnahe Neupflanzung angeboten werden.

2.7. Flächenversiegelung langfristig stoppen und umkehren

Wir wollen ein Stopp der Flächenversiegelung in Dortmund, langfristig soll eine Umkehrung stattfinden. Die Flächenversiegelung ist schädlich für die Natur, das Stadtklima und die Bodenqualität.

2.8. Verpachtung von Äcker nur an Bio-Landwirte

Alle Äcker, die sich noch in städtischer Hand befinden, sollen durch eine Verordnung nur noch an Landwirte verpachtet werden, die nachhaltig die Felder bewirtschaften. Damit wollen wir, dass Dortmund seinen Teil zum Umweltschutz beiträgt.

2.9. Nachhaltige und regionale Ernährung in öffentlichen Einrichtungen

Neben unseren Forderungen von veganen Alternativen in öffentlichen Einrichtungen, wollen wir, dass alle öffentliche Einrichtungen und private Einrichtungen hier in Dortmund auf eine regionale und nachhaltige Ernährung achten. Nahrungsmittel, die einen schlechten Emissionswert haben, müssen aus Dortmunder Kantinen verschwinden, auch um eine klimaneutrale Stadt zu sein. Auch müssen Kantinen öffentlicher Einrichtungen Vorbildfunktion haben.

2.10. Emissionswert Angaben in der lokalen Gastronomie

Um das Ziel einer klimaneutralen Stadt zu erreichen, halten wir es für notwendig, auch die lokale Gastronomie mit einzubeziehen. Deshalb wollen wir, dass von einer unabhängigen Prüfstelle Gerichte der lokalen Gastronomie ein Label erhalten, die im Ampelsystem eine Einschätzung der ausgestoßenen Emissionswerte angibt.

2.11. Kennzeichnungspflicht über den Ursprung der Zutaten in der Gastronomie

Wir wollen, dass die Gastronomie verpflichtet wird, den Ursprung ihrer Zutaten anzugeben. Damit eine bessere Transparenz für Zutaten aus Haltungs- oder Erzeugungsformen, die vielleicht nicht jede Person unterstützen möchte.

2.12. Verbot von systematischem Wegwerfen von Lebensmitteln

Viel zu viele Lebensmittel werden weggeworfen. Auch hier in Dortmund werfen Supermärkte, Gastronomie, usw. Lebensmittel in den Müll, die noch genießbar sind. Deshalb wollen wir, dass sich die Stadt Dortmund für ein engmaschiges Netz innerhalb Dortmunds stark macht, zwischen Betrieben, die Lebensmittel abzugeben haben und Personen oder Organisationen, die diese Lebensmittel abnehmen würden. Dafür soll der rechtliche Rahmen auf städtischer Ebene geschaffen werden.

2.13. Glyphosatfreie Stadt

Die Verwendung von Glyphosat und anderen, umweltschädigende Substanzen, sollen verboten werden, um Vögel und Insekten sowie Kleintiere zu schützen und die umliegenden Gewässer nicht länger unnötig zu belasten. Nicht nur Pflanzen und Tiere leiden unter den Folgen dieser Vergiftung, sie gelangen ins Grundwasser, finden sich im Trinkwasser wieder und reichern sich letztendlich auch im menschlichen Organismus an. Auch das massenhafte Düngen mit Gülle ist einzuschränken, denn die hohe Nitratbelastung des Trinkwassers hat schon längst ein nicht mehr vertretbares Gesundheitsrisiko erreicht.

2.14. Härteres Bestrafen von Umweltsündern

Auf den Straßen von Dortmund liegt zu viel Müll. Wir wollen, dass sich das ändert. Deshalb wollen wir
-erstens: mehr Aufklärungsarbeit von der Stadt und von Vereinen, von gemeinnützigen Bewegungen mit städtischer Kooperation.

Zweitens: ein härteres Vorgehen gegen Umweltsünder. Personen, die wiederholt ihren Müll gedankenlos auf die Straße werfen, dürfen nicht das Signal erhalten, dies sei ok. Wir wollen damit beginnen, flächendeckend öffentliche Mülleimer und -container an viel besuchten Grünflächen aufzustellen. Im Anschluss soll eine Kampagne auf ein verändertes Vorgehen des Ordnungsamtes aufmerksam machen, die darauf hinweist, dass Umweltsünder zukünftig härter bestraft werden. Dabei soll zweitrangig sein, ob es sich „nur“ um Zigarettenstummel oder Haushaltsmüll handelt, wer Abfall absichtlich auf die Straße wirft, soll mit einem hohen Bußgeld bestraft werden.

3. **Tierschutz**

Eine aktive kommunale Tierschutzpolitik erfordert aus unserer Sicht die Ernennung eines städtischen bzw. Gemeinde-Tierschutzbeauftragten, eine stärkere finanzielle Unterstützung von Tierheimen, ein Stadtaubenkonzept unter Ausschluss eines Fütterungsverbots und die Stärkung von Tierschutzorganisationen.

Die Hundesteuer soll für das verwendet werden, wofür sie erhoben wird, und für aus dem Tierschutz adoptierte Hunde abgeschafft werden. Wir wollen umweltfreundliches Material bei Hundekotbeuteln, flächendeckend kostenlose Spender, mehr Mülleimer, gerade auf „Gassi“-Wegen und die Ausweisung von Wiesen, auf denen Hunde frei laufen dürfen.. Weiterhin ist eine Katzenschutzverordnung inkl. -Kastrations- & -Kennzeichnungspflicht einzuführen.

Zirkusgastspielen mit Tieren und Ponykarussells auf Jahrmärkten ist eine Genehmigung zu verweigern. Zoos müssen zu einer weitestgehend artgerechten Haltung verpflichtet werden. Langfristig streben wir eine Abschaffung von Zoos an. Delfinarien wird umgehend die Betriebserlaubnis entzogen.

Für Mastanlagen und Schlachtfabriken werden keine Erweiterungsgenehmigungen erteilt. Zudem werden diese Betriebe einer erweiterten veterinärmedizinischen Prüfung unterzogen und durch regelmäßige Kontrollen der Tierschutzbeauftragten unangekündigt kontrolliert. Wir unterstützen die Forderung, langfristig Schlachthöfe ganz abzuschaffen.

Wir unterstützen die Forderung, endlich wirksame Brandschutzmaßnahmen für Stallanlagen, auch ältere, zu ergreifen. Es kann nicht sein, dass Tausende von Lebewesen jedes Jahr einen grausamen Tod erleiden, weil notwendige Schutzvorrichtungen fehlen und Wartungen aus Kostengründen nur unzureichend durchgeführt werden!

Auf Silvesterfeuerwerk wird aus Gründen des Tier- und Umweltschutzes verzichtet.

Schließlich sollen auch Gelder für Tierrettungen und Notfallstationen (z. B. für Igel) bzw. deren Ausbau sowie die finanzielle Besserstellung bestehender zur Verfügung gestellt und Tierrettungszentren eingerichtet werden, zu denen verletzte Wildtiere gebracht werden können, sowie Aufklärung über den Wolf erfolgen (richtiges Verhalten bei Begegnungen, richtiger Herdenschutz, Umgang mit Ängsten).

3.1. Reform der Hundesteuer

Wir wollen, dass die Hundesteuer in eine zweckgebundene Hundehaltergebühr umgewandelt wird. Die Einnahmen daraus sollen zweckgebunden an das städtische Tierheim und für Tierschutzprojekte und Vereine in Dortmund verwendet werden.

3.2. Städtisches Dortmunder Tierheim stärken

Wir wollen einen Ausbau des Personals beim städtischen Tierheim sowie eine bessere Vernetzung mit Tierschutz NGOs hier in Dortmund. Das städtische Tierheim soll den Tierschutz repräsentieren und eine erste Anlaufstelle sein für Menschen, die sich dafür einsetzen.

3.3. Stadttaubenpflege städtisch unterstützen

Tauben sind intelligente und soziale Tiere, die zu Unrecht als „Ratten der Lüfte“ bezeichnet werden. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Tauben kein Gesundheitsrisiko darstellen. So steht fest, dass die Schädigung der Bausubstanz nicht durch Taubenkot, sondern durch Luftschadstoffe (saurer Regen) verursacht wird. Wir fordern die Aufhebung der Fütterungsverbote und stattdessen eine artgerechte Fütterung. Tauben sind Körnerfresser und weichen aus Not auf Abfälle aus. Dieses führt zu schweren Erkrankungen bei den Tieren, unter anderem zu dem so genannten „Hungerkot“. Außerdem setzen wir uns für das Verbot von Taubenabwehrmaßnahmen wie Spieße und Netze ein. Zur Bestandsregulierung befürworten wir den Bau von Taubenschlägen oder Taubenhäusern, in denen ein Austausch der Gelege stattfinden soll. In vielen Städten wird die z.T. große Zahl von Stadttauben beklagt. Dabei wird übersehen, dass die Brieftaubenzucht wesentlich zu dem Problem beigetragen hat und weiterhin beiträgt! Denn: Viele Stadttauben sind ausgewilderte Zuchttauben. Wir treten daher für die Abschaffung der Brieftaubenzucht ein, um auf diese Weise den dauerhaften Nachwuchs zu unterbinden.

3.4. Wildtierverbot in Zirkussen

Wir fordern ein Wildtierverbot in Zirkusbetrieben. In den Bundesländern, in denen es kein Wildtierverbot in Zirkussen gibt, müssen die Kommunen jeweils aktiv werden durch einen entsprechenden Ratsbeschluss. Leider hat auch NRW bislang kein landesweites Wildtierverbot in Zirkusbetrieben erlassen. Wir kämpfen für den Schutz der Tiere und eine flächendeckende Umsetzung von Auftrittsverboten für Zirkusbetriebe mit Wildtieren. D.h. ohne Tierschützer im Stadtrat beschließen eure Städte und Gemeinden kein Wildtierverbot! Alle

anderen Parteien bringen keine entsprechenden Initiativen und Anträge in die Räte ein.

Ziel eines kommunalen Wildtierverschotes ist die Unterbindung von nicht artgerechter und tierquälerischer Haltung und „Dressur“ von Tieren in Zirkusbetrieben. Wenn sich immer mehr EU-Länder und Städte - inzwischen über 120 - zu einem Auftrittsverbot für Zirkusbetriebe, die Wildtiere mit sich führen oder in ihrer „Schau“ zeigen, entschließen, wird die Wildtierhaltung und Wildtierdressur für die einschlägigen Betriebe unattraktiv, werden entsprechende Haltungsformen und „Dressuren“ entlang der Vorgaben der Auftrittsmöglichkeiten sowie des Marktes weiter reduziert werden.

Ziel: Generell keine Tierschauen in Zirkusbetrieben – zum Schutz der Tiere als Mitgeschöpfe. Tiere als Vergnügungsobjekte vorzuführen, entspricht nicht mehr der heutigen Sicht auf Tiere, die keine Sachen, sondern Mitgeschöpfe sind. Insbesondere für Wildtiere ist das Vegetieren in Gefangenschaft, sind die Haltungsbedingungen in reisenden Zirkusbetrieben auf engstem Raum, Zwangsdressuren, Lärm und grelles Licht der Arena eine Qual. Kindern gefangene und unter Zwang widernatürliche „Kunststückchen“ darbietende Wildtiere vorzuführen, ist zumindest auch pädagogisch fragwürdig. Etliche, auch renommierte Zirkusbetriebe, verzichten inzwischen freiwillig, z.T. ggf. auch aufgrund der Ablehnung durch aufgeklärtes Publikum.

3.5. Faktenbasierte Aufklärung über Tierhaltung

Wir wollen, dass Dortmund eine Stadt ist, in der sich Menschen, die Tiere wohl fühlen. Dennoch wollen wir, dass Tiere in Dortmund nicht unnötiger Qual ausgesetzt sind. Wir denken, viel davon ist Unwissen und Gedankenlosigkeit. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass in Dortmund Ansprechstellen etabliert werden, die Bürger*innen über artgerechte Haltung informieren und Seminare veranstalten.

3.6. Gründung einer Tierschutzpolizei

Wir wollen, dass in Dortmund eine „Tierschutzpolizei“ gegründet wird, sie soll dem Ordnungsamt untergeordnet werden und sich um alle Fälle, die Tiere betreffen, kümmern.

3.7. Härteres Vorgehen gegen Tierquäler

Tierquälerei ist leider oftmals immer noch eine geringe Straftat. Wir wollen, dass dieses kriminelle Verhalten härter bestraft wird, bzw. dem überhaupt nachgegangen wird. Denn allzu oft wird viel zu lasch von den Verfolgungsbehörden bei derartigen Sachverhalten reagiert. Wir wollen, dass ein solches Verhalten nicht mehr toleriert wird, dass wir als Gesellschaft entschlossen zusammen gegen Tierquälerei vorgehen und nicht mehr als

Lappalie abtun. Grausamkeit gegen Tiere ist kein Kavaliersdelikt. Wir fordern die Einhaltung des Tierschutzgesetzes und die volle Ausschöpfung des Strafgesetzes bei Verstößen, welches sich auch auf so genannte rituelle oder religiöse Praktiken (schächten) bezieht. Wir unterstützen die Forderung, Ausnahmegenehmigungen beim betäubungslosen Schächten nicht zu erteilen.